

Bei den Kommunalwahlen 2016 in Hessen schaffte es die AfD in Städten und Landkreisen teilweise auf zweistellige Ergebnisse. »Jede Stimme ist eine zuviel«, erklärte Norbert Birkwald, Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in Hessen am Sonnabend gegenüber *junge Welt*. Die Organisation will verhindern, dass sich dies bei den kommenden Kommunalwahlen am 14. März wiederholt. Dafür hat sie mit *Demokratie wählen* eine Zeitung und ein gleichnamiges Internetprojekt gestartet. Hessische Gewerkschaften, linke Organisationen, Kultureinrichtungen, aber auch Kinder und Enkel von Widerstandskämpfern positionieren sich dort gegen rechts. Auf der Internetseite ruft die VVN-BdA zudem zur Teilnahme an aktuellen antifaschistischen Kundgebungen und Veranstaltungen auf.

»Strukturen demokratischer Stadtgesellschaft« seien durch Angriffe der extremen Rechten, der AfD, NPD und anderer Gruppierungen bedroht, warnte der Bundessprecher der VVN-BdA, Ulrich Schneider, in der Zeitung. In den vergangenen Jahren hätten diese »politische Vorstöße zur Abschaffung der freien Jugendarbeit« gemacht oder gefordert, Integrationsangebote für Geflüchtete und migrantische Gruppen zu streichen – als »Sparmaßnahme«. Dagegen propagieren sie Hilfsangebote für »Deutsche«. Im Vorfeld der Gewalttaten und Morde an Migranten und Demokraten in Hessen spielten sie eine große Rolle, heizten das gesellschaftliche Klima durch Plakate wie »Migration tötet« oder »Stigmatisierung von Shisha-Bars« und »Judenwitzen« auf. Deshalb hätten sich Schneider zufolge mehr als 60 Autorinnen und Autoren mit Texten am Projekt beteiligt.

Von fast ebenso vielen Aktiven werde die von Spenden finanzierte Zeitung, erschienen in einer Auflage von 25.000 Exemplaren, nun in Städten und Dörfern in die Briefkästen verteilt, erklärte Birkwald – vor allem dort, wo die AfD bei der letzten Kommunalwahl überdurchschnittlich viele Stimmen erhalten habe. Derart viele Texte, Statements und Fotos hätten vorgelegen, dass man den ursprünglich geplanten Umfang des Blattes von 16 Seiten auf 28 erhöht habe. Auch für die Internetausgabe kämen ständig neue Texte hinzu. So finden sich etwa Statements der Musikerinitiative »Kein Bock auf Nazis« in der Zeitung. Der hessische Aus-



Wissen, wo man seine Kreuze macht: Wahlplakate verschiedener Parteien (Oberursel, 11.2.2021)

# Gesammelte Stimmen

Kommunalwahlkampf in Hessen: Landesverband der VVN-BdA startet Projekt gegen Rechtsruck. **Von Gitta Düperthal**

länderbeirat fordert darin, seine Arbeit ernst zu nehmen. Die Nationale Vereinigung der Partisanen Italiens (ANPI), die italienische Schwesterorganisation der VVN-BdA, ruft hessische Bürger mit italienischen Wurzeln auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Und die Gruppe »069 versus Rassismus« – angelehnt an die Telefonvorwahl für Frankfurt am Main, Offenbach und Umgebung – mahnt, Diskriminierung in den Parlamenten nicht zuzulassen.

Silvia Gingold, Tochter von Etti und Peter Gingold, die im Widerstand gegen Hitler kämpften, Gefängnis und Folter durchlitten sowie Angehörige in Auschwitz verloren, zitiert in ihrem Beitrag in »Demokratie wählen!« Bertolt Brecht: »Das Gedächtnis der Menschheit für erduldeten Leiden ist erstaunlich kurz«. Sie werde alles daran setzen, »die demokratischen Kräfte in unserem Land zu stärken, die sich gegen Militarisation und Kriege, gegen Rassismus, Antisemitismus und für soziale Ge-

rechtigkeit einsetzen«, schreibt sie. Die Schauspielerinnen Bettina Kaminski vom Freien Schauspiel-Ensemble Frankfurt, warnt davor, zu glauben, »wenn die alten Nazis tot sind, würde der Spuk vorbei sein«. Keinesfalls dürfe man die AfD in Regierungsverantwortung kommen lassen. Das Bündnis »#Mietenwahnsinn-Hessen« fordert, Sammelunterkünfte für Geflüchtete oder kommunale Notunterkünfte für Wohnungslose aufzulösen und sie in kleinen Wohneinheiten unterzubringen. Die Föderation Demokratischer Arbeitervereine e. V. (DIDF) wirft die Frage auf, wieso Migranten sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen müssen, während Neonazis, die diese offen ablehnen, die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen wird.

An diesem Freitag jährt sich der rassistische Anschlag von Hanau zum ersten Mal. Die Internetausgabe von *Demokratie wählen* dokumentiert Auszüge der Rede des Präsidenten der Frank-

furter Eintracht, die Peter Fischer am 22. August 2020 in Hanau hielt. Damals zürnte Fischer – auch im Namen der 90.000 Mitglieder des Fußballvereins –, dass es nach den Anschlägen keine Nazis mehr geben dürfe. Politiker, die nach den Attentaten kondolierten, brauche man nicht, sondern starke Menschen, die solche Morde »mit Aufklärung, Konsequenzen, Hilfen und Strafen« verhinderten.

Der hessische Landesverband der VVN-BdA rufe nicht explizit zur Wahl konkreter Kandidatinnen und Kandidaten auf, erläuterte Birkwald gegenüber *jw*. Er wende sich gegen jegliche rassistische, antisemitische, rechts-extremistische oder homophobe Äußerungen, egal von welchen Kandidaten und welcher Partei. So etwa gibt es den Hinweis des Limburger Bündnisses »Courage gegen rechts«, sich Kandidaten der CDU genauer anzuschauen.

■ demokratie-waehlen.de

# Faschistenehrung in Madrid

Spanien: Marsch für »Blaue Division«. Priester zelebriert Messe, Staatsanwaltschaft ermittelt nach Kritik

Am Sonnabend nahmen in Madrid rund 300 Faschisten an einer Kundgebung zur Ehrung der »Blauen Division« (División Azul) teil. Zu den Organisatoren gehörte die Gruppe »Juventud Patriota« (Patriotische Jugend). Auch Faschisten der Parteien »España 2000« sowie der Franco-Partei Falange nahmen teil. Per Video dokumentierte der Journalist Miquel Ramos für die Tageszeitung *La Marea* die rechte Versammlung.

Auf einer Demonstration durch das Zentrum von Madrid wurden Banner mit antikommunistischen Slogans sowie »Ruhm und Ehre den Gefallenen« getragen. Der Marsch der Faschisten führte zum Denkmal für die »Blaue Division« auf dem Friedhof der Almudena. Dort wurden antisemitische und antikommunistische Reden gehalten. »Es ist unsere höchste Pflicht, für Spanien zu kämpfen und für Europa, das nun schwach und erledigt ist vom Feind«, riefen Teilnehmer.

»Der Feind wird immer derselbe sein«, hieß es weiter, »aber mit unterschiedlichen Masken.« Eine Rednerin sagte mit Blick auf »die Juden«, »die Blaue Division musste wegen ihnen kämpfen«. Die sogenannte Blaue Division aus spanischen Freiwilligen wurde 1941 aufgestellt, in Deutschland ausgebildet und kämpfte bis 1943 mit den Truppen des faschistischen Deutschlands gegen die Rote Armee. Auch jetzt noch gibt es in Madrid ein Denkmal für die Angehörigen der Division. Dort legten die Teilnehmer des Aufmarsches am Wochenende einen Blumenkranz mit der spanischen Flagge und einem Hakenkreuz ab.

Dabei war auch ein Priester, der eine Messe für die Angehörigen der División Azul zelebrierte und sich in Ausfällen gegen Kommunisten erging. »Der Marxismus« versuche »heute wie gestern«, den Frieden in der Gesellschaft und »in unseren Seelen« zu zerstören, sagte der Geistliche. Dabei skandierten die An-

wesenden, von denen manche Uniformen aus der Franco-Zeit trugen, immer wieder »Hoch lebe Spanien!« Dabei zeigten zahlreiche Anwesende den faschistischen Gruß.

Unter den Teilnehmern waren auch bekannte Faschisten wie Manuel Andriño oder Ignacio Menéndez. Andriño, Chef der Falange, wurde im vergangenen Juli zu einer Haftstrafe von einem Monat verurteilt, weil er mit anderen 2013 ein katalanisches Kulturzentrum stürmte. Der zweite, Menéndez, erklärte am Mikrofon: »Faschismus ist Freude!« Die Veranstaltung verlief ungestört vor den Augen der anwesenden Polizisten.

Erst am Dienstag, nachdem in den sozialen Medien die Kritik laut geworden war, erklärte die Staatsanwaltschaft in Madrid, dass sie untersuchen wird, ob im Rahmen der Veranstaltung sogenannte Hassdelikte stattgefunden haben. Bereits am Montag hatte die Föderation der Jüdischen Gemeinden von Spanien

(Federación de Comunidades Judías de España, FCJE) die für Hassverbrechen zuständige Behörde darum gebeten, tätig zu werden. Die FCJE erinnerte daran, dass Spanien 2020 der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken beigetreten ist und solche Veranstaltungen gegen deren Prinzipien verstoßen.

Vergangene Woche war Vizeministerpräsident Pablo Iglesias vom Linksbündnis Unidas Podemos mehrfach kritisiert worden, weil er auf die »fehlende demokratische Normalität« aufmerksam gemacht hatte. Am Dienstag teilte er per Twitter die Aussage von José Luis Concepción, Vorsitzender des Verfassungsgerichts von Kastilien und León, wonach »in dem Moment, wo die Kommunistische Partei in einem Land Teil der Regierung ist«, die Demokratie bedroht sei – nur ein Beispiel dafür, wie tief der Antikommunismus und die Nähe zum Faschismus noch in den Institutionen sitzen. **Carmela Negrete**

## Auschwitz-Komitee: Anklagen viel zu spät

Berlin. Das Internationale Auschwitz-Komitee hat jahrzehntelange Versäumnisse der bundesdeutschen Justiz im Umgang mit Naziverbrechern kritisiert. »Die Überlebenden, die jetzt auch alle hochbetagt sind, haben ihr ganzes Leben darauf gewartet, dass die Täter zur Verantwortung gezogen werden«, sagte Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Komitees, den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstausgaben). Anlass sind zwei aktuelle Anklagen, die derzeit geprüft werden: beim Landgericht Itzehoe gegen eine 95-jährige ehemalige Sekretärin des Konzentrationslagers Stuttgart und beim Landgericht Neuruppin gegen einen 100-jährigen ehemaligen Wachmann des KZ Sachsenhausen. (AFP/JW)

## USA: »Parler«-App wieder online

Washington. Der vor allem von Neonazis genutzte US-Online-Dienst »Parler« ist nach Unternehmensangaben vom Montag wieder verfügbar. Nach dem von Faschisten angeführten Ansturm von Anhängern des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump auf das Kapitol in Washington wurde das Netzwerk dafür kritisiert, Aufrufe zur Gewalt nicht schnell genug gelöscht zu haben. Die Internetriesen Apple, Google und Amazon entfernten »Parler« von ihren Plattformen bzw. Servern. (AFP/JW)

## Ermittlungen gegen Polizei in Konstanz

Konstanz. Die Kriminalpolizei Rottweil und die Staatsanwaltschaft Konstanz haben Ermittlungen wegen eines Einsatzes der Konstanzer Polizei am 6. Februar in Singen gegen einen elfjährigen Sinto-Jungen aufgenommen. Das berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am Sonntag online. Der Anwalt der Familie hatte unter anderem wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung Anzeige erstattet. Damals wurde laut Mitteilung des Verbands Deutscher Sinti und Roma in Baden-Württemberg vom 10. Februar der Junge »nach einer anlasslosen Personenkontrolle« in Handschellen abgeführt. Beamte sollen das Kind mehrfach bedroht und die Kontaktaufnahme mit den Eltern aktiv unterbunden haben. (JW)

## »Reichsregierung« aus Gesetz getilgt

Berlin. Der Bundestag hat am Donnerstag die Neufassung eines mehr als 80 Jahre alten Gesetzes beschlossen, um Begriffe aus der Zeit des Deutschen Reichs zu tilgen. Der bislang gültige Text enthielt immer noch Worte wie »Reichsregierung«, »Reichsminister des Innern« und »Deutsches Reich«. Das von den Nazis beschlossene Namensänderungsgesetz stammt aus dem Januar 1938. Nach Gründung der BRD wurde es Bundesrecht und galt als solches fort. (AFP/JW)